

Klimapolitik: Die Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts?

Sicherheitspolitik muss im Zeitalter der Globalisierung neu gedacht werden. Nach dem Ende der bipolaren Weltordnung steht die „Weltrisikogesellschaft“ vor Problemen, die mit den Strategien und Maßnahmen der klassischen, primär militärisch ausgerichteten Sicherheitspolitik kaum gelöst werden können.

Insbesondere der Klimawandel stellt die Sicherheitspolitik vor neue Herausforderungen: Erderwärmung, Abschmelzen der Gletscher und Pole, Ansteigen des Meeresspiegels, Verschwinden der Urwälder, Dürren und Überschwemmungen, Verknappung von Süßwasser etc. verschärfen

die Spannungen auf dem Globus. Der Klimawandel wird die Verteilungs- und Chancenungerechtigkeiten zwischen Erster und Dritter Welt weiter verstärken und die Konfliktregionen vermehren. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Auswirkungen hat die Klimasicherheit auf der außenpolitischen Agenda höchste Priorität. Muss ein Umdenken in Bezug auf die Klimapolitik stattfinden? Ist die Klimapolitik die Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts? Wenn ja, wie sieht diese Sicherheitspolitik aus und was können wir aus der Sicherheitspolitik des vergangenen Jahrhunderts lernen?



INHALT



Egon Bahr

Geboren 1922 in Treffurt. Tätigkeit als Journalist, 1969 bis 1972 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1972 bis 1976 Bundesminister, von 1972 bis 1990 Mitglied des Bundestages. Gemeinsam mit Willy Brandt entwickelt Bahr die außenpolitischen Leitgedanken, die die Basis für die Ostpolitik („Wandel durch Annäherung“) der Bundesrepublik Deutschland bildeten. Bahr wird zum Architekten der Ostverträge sowie Vordenker und Strategie der Beendigung des Kalten Krieges.

Sigmar Gabriel

Geboren 1959 in Goslar, Studium der Fächer Deutsch, Politik und Soziologie an der Universität Göttingen, 1. und 2. Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien, 1990 Wahl in den Landtag von Niedersachsen, 1999 bis 2003 Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, 1999 bis 2005 Mitglied des SPD-Parteivorstandes, seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages und Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.



August 2007

ISSN 1861-8014

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Berliner Akademiegespräche/Interkultureller Dialog
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Telefon: 030 26935-863
Fax: 030 26935-952

Redaktion: Prof. Dr. Thomas Meyer, Dr. Tobias Mörschel
Text: Behzad Fallahzadeh

Fotos: Peter Himself

Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign
Druck: Printservice von Wirth

© Friedrich-Ebert-Stiftung



ROLAND SCHMIDT

Begrüßung und Einführung

Auch wenn der Klimawandel zwischenzeitlich ins Zentrum medialer Wahrnehmung gerückt ist, wird in der öffentlichen Debatte meist nur perspektivisch verengt über die Konsequenzen der Erderwärmung gesprochen. Die Auswirkungen von Temperaturanstieg, Abschmelzen der Gletscher, von Dürren und Überschwemmungen infolge des Klimawandels werden meist nur lokal, bestenfalls regional betrachtet. Was aber die globalen Dimensionen und Folgen all dieser lokalen Veränderungen sind, ist meist außerhalb des Blickfeldes. Dies gilt insbesondere für die sicherheitspolitischen Konsequenzen der Erderwärmung. Auch wenn sich der Klimawandel scheinbar nur schleichend vollzieht, hat er dramatische Auswirkungen auf die Sicherheitsarchitektur unseres Globus.

Durch den weltweiten Anstieg der Temperatur wird insbesondere in zahlreichen Entwicklungsländern vielen Menschen die Lebensgrundlage entzogen. Es werden Verteilungskonflikte um Wasser und Land entstehen und zu den bereits bestehenden Spannungen neue Konfliktlagen hinzukommen. So müssen wir in der Zukunft mit zahlreichen Konflikten, wenn nicht gar Kriegen um Wasser rechnen. Auch wird der durch das Schmelzen der Pole verursachte Anstieg des Meeresspiegels dramatische Folgen für die Küstenregionen haben. Vor dem Hintergrund dieser Auswirkungen des Klimawandels ist mit einer stark erhöhten umweltbedingten Migration zu rechnen, die zu einem der zentralen Konfliktfelder in der internationalen Politik der nächsten Jahrzehnte werden kann. Die Erderwärmung wird die Verteilungs- und Chancenungerechtigkeiten zwischen Erster und Dritter Welt verstärken und die Konfliktregionen vermehren. Die internationale Sicherheitsarchitektur wird hierdurch vor gewaltigen Herausforderungen gestellt. Verknüpft kann man sagen: Je stärker der Klima-



wandel ist, desto größere und unkalkulierbarere Sicherheitsrisiken sind zu erwarten. Deshalb muss Klimapolitik zur zentralen präventiven Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts werden. Nur: Diese Sicherheitspolitik kann nicht mehr die klassische Sicherheitspolitik sein, die auf die Vermeidung zwischenstaatlicher Kriege zielt. Kein Staat kann heute im Alleingang diese Herausforderung bewältigen. Gemeinsame Antworten und kollektives Handeln sind in der Sicherheitspolitik wichtiger denn je. So birgt der Klimawandel auch die Chance, die Staatengemeinschaft zusammenzuführen, wenn sie diesen als Bedrohung für die Menschheit erkennt und gemeinsam, global denkend die Weichen zur Vermeidung der Klimakatastrophe stellt.

Ist die Klimapolitik also die Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts? Wenn ja, wie sieht diese Sicherheitspolitik aus und was können wir aus der Sicherheitspolitik des vergangenen Jahrhunderts lernen? Diese Fragen erörtern im vorliegenden PolicyPaper Bundesumweltminister Sigmar Gabriel und Egon Bahr, der große strategische Vordenker der Sozialdemokratie und Altmeister der klassischen Sicherheitspolitik.

Dr. Roland Schmidt

ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Egon Bahr



Wenn wir eines aus den letzten hundert Jahren gelernt haben, dann, dass unsere Prognosefähigkeit beschränkt ist. So hätten wir 1907 bestimmt nicht die beiden Weltkriege, den Kalten Krieg, das Ende des Kolonialzeitalters, den ersten Menschen auf dem Mond, die Entdeckung des Atoms für Krieg und Frieden, das Fernsehen und schon gar nicht das Handy vorausgesehen. Das, was wirklich unser vergangenes Jahrhundert geprägt hat, hätten wir nicht vorhergesehen. Und heute, 2007, ist es nicht viel anders. Auch in diesem Jahrhundert wird die Geschwindigkeit, in der naturwissenschaftliche und technologische Fortschritte erzielt werden, nicht geringer sein als im vergangenen Jahrhundert. Wir müssen, wenn es um Prognosen geht, also immer vorsichtig sein. Diese Vorsicht vorausgesetzt, können wir den Klimawandel, neben der atomaren Wiederaufrüstung und dem etwaigen Zusammenprall von Christentum und Islam, als eine der größten Herausforderungen dieses Jahrhunderts ansehen.

Das Klima verändert sich in einem atemberaubenden Tempo, und die Dimension dieser Veränderung können wir noch gar nicht abschätzen, denn der Klimawandel verändert das Verhältnis

von Mensch und Natur grundlegend: Bisher war der Mensch damit beschäftigt, die Natur zu beherrschen. Heute aber ist der Mensch in einer Situation, in der er alles daransetzen muss, nicht von der Natur beherrscht zu werden. Mit anderen Worten: Wissen wir eigentlich, dass wir nur noch eine geringe Chance haben, die Erde für das zivilisierte Leben, so wie wir es kennen, zu retten? Acht bis zehn Jahre geben uns hierfür noch die Wissenschaftler. Das ist schon morgen!

Wenn wir also vom Klimawandel reden, dann reden wir von der Bewahrung zivilisierten Lebens und damit auch von Sicherheitspolitik. Sicherheitspolitik wird aber nicht mehr im klassischen Sinne gemacht werden können, denn die Fragen, die sich im Hinblick auf den Klimawandel stellen, sind nicht durch den Einsatz von Waffen zu bewältigen. Lernen können wir aber trotzdem aus der Geschichte. Nämlich erstens, dass es nur gemeinsame Sicherheit gibt, und zweitens, diese Sicherheit nur durch Kooperation gewährleistet werden kann. Gerade das haben wir im Zeitalter des Kalten Krieges, der atomaren Aufrüstung und gesicherter gegenseitiger Zerstörung gelernt. Man ist nicht mehr gegen den Feind sicher, sondern nur mit dem Feind. Diese Idee hat damals Akzeptanz gefunden und prägt noch bis heute die zwischenstaatlichen Beziehungen. Diese Einsicht nun in Bezug auf den Klimawandel auf die globale Ebene zu heben, wird aber ungleich schwieriger. Damals hatten wir es nur mit der Sowjetunion zu tun, einem Land, das rational gedacht und verantwortungsbewusst entschieden hat. Heute haben wir es, zugespitzt formuliert, mit jedem einzelnen Staat dieser Welt zu tun, die alle ihre eigenen Kosten-Nutzen-Kalkulationen aufstellen. Eine gemein-

same Klimasicherheitspolitik ist daher eine größere und lebenswichtigere Aufgabe im Vergleich zum Kalten Krieg. Das Sicherheitsdenken muss sich verändern und den neuen Gegebenheiten anpassen. Wir werden also in Zukunft bei gemeinsam wachsenden Gefahren völlig neue Allianzen schließen und alte Gegnerschaften auf sich beruhen lassen müssen.

Bleiben noch zwei Feststellungen zum Schluss: Auch wenn wir konkrete Antworten auf den Klimawandel noch nicht haben und die uns rettenden Wege bislang im Einzelnen nicht zu benennen vermögen, so können wir uns doch sicher sein, dass der Neoliberalismus uns hierbei nicht helfen wird. Die freie Marktwirtschaft und die Maximierung des Gewinns müssen zurücktreten, um international verpflichtenden Regeln Platz zu machen. Es geht auf Dauer nicht an, Gewinnmaximierung vor die Erhaltung des Lebens zu stellen.



Damit das geschieht, müssen wir vom Prinzip Hoffnung zum Prinzip Verantwortung umschwenken. Denn gemäß dem Prinzip Verantwortung können und dürfen wir nur so handeln, dass die nachfolgenden Generationen noch Entscheidungsmöglichkeiten besitzen, um überhaupt eine Geschichte zu haben. Ja, Klimapolitik ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit.

Sigmar Gabriel



Als sozialdemokratischer Bundesumweltminister wurde ich oft, auch in der eigenen Partei, belächelt, denn Umweltpolitik war bisher immer nur eine Domäne der Grünen. Das hat sich zum Glück geändert. Wir haben erkannt, dass Umwelt- und Klimapolitik gerade die Kernfragen sozialdemokratischen Denkens betreffen, wenn sie nicht nur aus ökologischer Sicht betrachtet werden, sondern auch aus der Perspektive der Gerechtigkeit und möglicher denkbarer Konflikte. Klimapolitik ist weit mehr als eine umweltpolitische Frage, sie ist auch die Frage danach, wie wir das Zusammenleben der Menschen auf diesem Planeten in Hinblick auf immer knapper werdende Ressourcen, in Hinblick auf umweltbedingte Migration, in Hinblick auf Wassermangel etc. regeln sollen. Klimapolitik ist auch die Frage nach Stabilität und Frieden.

Bis zur Mitte des Jahrhunderts werden neun Milliarden Menschen auf der Welt sein, und von diesen neun Milliarden werden vier Milliarden in

Industrieregionen leben, was eine gigantische Nachfragesteigerung bei Rohstoffen bedeutet. Gleichzeitig werden zwei Drittel dieser neun Milliarden in Asien leben. Wenn der Klimawandel weiter anhält, die Himalaya-Gletscher, die 40% der Trinkwasserversorgung Asiens ausmachen, weiter schmelzen, wird das große Wanderungsbewegungen und Konflikte heraufbeschwören. Was das für uns bedeuten könnte, sehen wir heute in Ansätzen an den Grenzen Europas.

Aber was tun? Von China, Indien, Mexiko, Brasilien und vielen anderen Ländern ein geringeres Wirtschaftswachstum zu fordern ist aussichtslos, denn diese Länder haben unseren Lebensstandard vor Augen und fragen zu Recht, warum sie für unsere Fehler büßen sollen. Dahinter stecken massive wirtschaftliche, politische und soziale Interessen. Deshalb können wir Sicherheit nur durch Interessenausgleich erreichen. Konkret heißt das: Wir dürfen uns nicht abschotten, wir müssen diesen aufstrebenden Ländern preiswert klimaschonende Technologien, über die wir schon verfügen, zur Verfügung stellen, damit diese Länder es schaffen, wirtschaftliches Wachstum von Umweltverschmutzung zu entkoppeln. Wir müssen bereit sein, unsere wissenschaftlichen Kapazitäten ärmeren Ländern zur Verfügung zu stellen. Wenn wir ihnen unseren technologischen Fortschritt in diesen Feldern allerdings teuer verkaufen, werden die Entwicklungsregionen bei umweltschädlicher Produktion und klimafeindlicher Energiegewinnung (wie beispielsweise durch billige Kohle) bleiben.

Interessenausgleich und Sicherheitspartnerschaft, die Konzepte der Sicherheitspolitik der 60er und 70er Jahre, gelten also heute immer noch. Das versuchen wir heute durch drei Ansätze umzusetzen:

1. „Common-but-different-approaches“-Ansatz: Hier gilt es, gemeinsam aber nach Land, Region, Entwicklungsstand und Bevölkerung unterschiedliche Ansätze zum Klimaschutz zu finden.
2. „Keine-Verlierer“-Ansatz: Hier gilt es, Länder nicht für das Überschreiten der festgelegten CO₂-Emissionsgrenzen zu bestrafen, sondern für das Unterschreiten erhebliche Finanzierungshilfen zu leisten.
3. Marktwirtschaftlicher Ansatz: Es muss wirtschaftliche Instrumente geben, bei denen Klimafreundlichkeit sich wirtschaftlich auszahlt. Dann werden nicht nur die Entwicklungsländer mitmachen, sondern sogar die Amerikaner. Ohne diese marktwirtschaftlichen Anreize wird es sehr schwer werden, Klimaschutz zu betreiben.

Wir sehen also: Klimapolitik ist nicht nur bloß Umweltpolitik, Klimapolitik ist auch eine Frage der globalen Sicherheit, der Stabilität und des Friedens. Unsere erste Aufgabe ist es, diese Er-

kenntnis in der (Welt-)Bevölkerung zu verankern. Dazu gehört, die Klimaproblematik von den Umweltministern wegzuholen und sie ins Zentrum der internationalen Politik zu heben. Der G8-Gipfel war, auch wenn es vermutlich eine der letzten Veranstaltungen dieser Art gewesen ist, ein Schritt in diese Richtung. Aber all diese Schritte werden wirkungslos bleiben, wenn wir die Entwicklungsländer nicht in die Entscheidungsprozesse mit einbeziehen, unsere Technologien ihnen nicht preiswert zur Verfügung stellen und sie endlich als gleichberechtigte Partner mit eigenen Interessen und Problemen akzeptieren, ohne die globale Klimapolitik nicht zu machen ist.



Bisher erschienen:

- Nr. 1 Globale Demokratisierung und die Rolle Europas
- Nr. 2 Religion und Politik
Wandlungsprozesse im transatlantischen Vergleich
- Nr. 3 Die Zukunft des Sozialstaats
- Nr. 4 Ländervergleich von Modellen Sozialer Demokratie
- Nr. 5 Gerechtigkeit in der kulturell pluralistischen Gesellschaft
- Nr. 6 Weltethos und Weltfriede
- Nr. 7 Lokaljournalismus und Kommunalpolitik:
Ganz nah am Wandel der Gesellschaft
- Nr. 8 Braucht Deutschland Religion?
- Nr. 9 Das neue Grundsatzprogramm der SPD
Herausforderungen und Perspektiven
- Nr. 10 Fundamentalismus
- Nr. 11 Vollbeschäftigung und Gloablisierung – ein Widerspruch?
- Nr. 12 Werte und Verantwortung von Eliten in Wirtschaft,
Wissenschaft und Politik
- Nr. 13 Vorsorgender Sozialstaat
- Nr. 14 Öffentliche Güter – was ist des Staates?
- Nr. 15 Parteiprogramm und politisches Handeln
Der „Bremer Entwurf“ für ein neues
Grundsatzprogramm der SPD in der Debatte

